

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5546 und 5647

Nummer 3

Berlin, den 21. Januar 1928

3. Jahrgang

## Die Tragödie des Bolschewismus.

II.

Die bolschewistische Partei in Russland, diese noch bis zum Jahre 1921 auf ihre innere Geschlossenheit und musterhafte Disziplin so stolze Organisation, ist in Spaltung begriffen. Die „Opposition“ erhebt, trotz aller Schikanen, immer drohender ihr Haupt und schickt sich an, „aufs Ganze“ zu gehen. Schon ist die Luft, die die beiden Lager trennt, so breit, die innere Lage der Partei so ernst, daß die regierende Partei, „mehrheit“ im Kampfe gegen die wachsende Opposition kein Machtmittel ungebraucht läßt: auf den Versuch der Bildung einer illegalen „zweiten Partei“ antwortet sie mit den drakonischsten Gewaltmaßnahmen des Partei- und Polizeiterror. Haupt der Oktoberrevolution, Führer der bolschewistischen Bewegung, wie Trotski, Kamenev, Sinowjew, Rakowski, Smilga und viele andere noch werden „auf höheren Befehl“ aus der Partei ausgeschlossen, zu Konterrevolutionären und Verbrechern erklärt, der Fischele ausgeliefert, nach den entlegenen Gegenden Sibiriens und des fernen Nordens deportiert. Die somit zur Lausache gewordene Spaltung der bolschewistischen Partei Russlands beginnt auch in kommunistischen Parteien in den anderen Ländern sich in zunehmendem Maße auszuwirken.

Wieso ist das denn gekommen? Wer ist die bolschewistische Opposition? Durch welche wirtschaftlichen Lebensfaktoren wurde ihr Entstehen bedingt? Wodurch wurde ihr Druck mit der regierenden Parteigruppe unvermeidlich? Und schließlich: Wie sind die Aussichten ihrer Weiterentwicklung?

Die Beantwortung dieser Fragen kann nicht schwer fallen, wenn wir uns das Wesen des Bolschewismus und seine eigentliche Rolle in der russischen Revolution klar vor Augen führen.

Sollte die bolschewistische Partei der ihr von der Revolution gestellten großen Aufgabe — Befreiung des russischen Bauern von wirtschaftlicher Knechtschaft — gerecht werden, so müßte sie im entscheidenden Augenblick ebenso auf das Bauerntum, wie auf die industrielle Lohnarbeiterschaft stützen können. Und sie konnte es auch, denn als eine Klassenlose, rebellische Intellektuellenpartei — die sie bis zum Revolutionsausbruch immer war und ihrer eigentlichen Wesenheit gemäß bis auf den heutigen Tag geblieben ist — war sie von allen damaligen Parteien am meisten dazu geeignet, sich auf zwei berartig verschiedene Klassenfronten, wie es die bäuerliche und proletarische sind, gleichmäßig zu stützen. Darin bestand ihre gewaltige Augenblicksstärke, jene politische Stoffkraft, die ihr zum Siege, zur Eroberung der Staatsgewalt verhalf. Aber gerade diese mächtige Stärke barg in sich die Todeskeime ihres Verräters, wurde zum Anfang vom Ende der bolschewistischen Parteieinheit.

Es fiel den Bolschewiki nicht schwer, den Arbeitern in der Stadt den halbigen Sozialismus zu verhelfen und als „ersten Schritt“ auf diesem Wege die Nationalisierung der unselbständigen, von jeher auf Staatsausfuhr angewiesenen, überdies zurzeit völlig brachliegenden russischen Industrie durchzuführen, gleichzeitig aber den Großgrundbesitz unter die Bauern aufzuteilen und somit den Grundstein zur kommenden kapitalistischen Privatwirtschaft auf dem Flachlande zu legen. So lange nun der „Kriegskommunismus“ anhält und die Bürgerkriegsaktionen dauern, die Arbeiter der „Industriegebiete“ der Industriebetriebe einfach als Staatsmitarbeiter angesehen, die Bedürfnisse des Bauern als Produzenten völlig in den Hintergrund gedrängt wurden, solange blieben die sozialen Gegensätze zwischen der russischen Bauernwirtschaft und der nationalisierten Industrie noch verdeckt. Als es sich aber im Verlauf der seit 1921 begonnenen Wiederkapitalisierungspraxis („Neue Wirtschaftspolitik“, N.E.P.) mit Deutlichkeit herausstellte, daß die nationalisierte Industrie völlig unfähig ist, sich aus eigenen Kräften zu halten und sich nur auf Kosten der Bauernwirtschaft entwickeln kann; als der Lebensstandard der Arbeiterschaft, ohne das Hungerniveau der Vorkriegszeit erreicht zu haben, in den letzten Jahren sich immer mehr zu verschlechtern begann, und als andererseits der wirtschaftende Bauer unter der Substanzverluste immer mehr zu leiden und infolge der zunehmenden Teuerung der Industrieerzeugnisse immer weniger auf seine Kosten zu kommen begann, da zeigte sich der schicksalsschwere Gegensatz zwischen den Interessen der staatskapitalistischen Sowjetindustrie und den Lebensbedürfnissen der russischen Bauernwirtschaft in seiner ganzen bedrohlichen Größe und Unüberwindlichkeit.

Für seine persönlichen Bedürfnisse und um seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen, braucht der russische Bauer Industrieerzeugnisse, deren Erlangung für die Entwicklung seiner Agrarproduktion Bedingung und Antwort zugleich ist. Als Konsument hat er das dringende Interesse, diese Erzeugnisse zu möglichst billigen, für ihn erschwinglichen Preisen zu erhalten. Die staatliche Sowjetindustrie aber, die selbst heute, bei den gegenwärtig viel zu niedrigen Löhnen, sich nur über Wasser halten kann, indem sie die Preise ihrer Erzeugnisse auf eine für den Massenkonumenten nahezu unerträgliche Höhe treibt, diese Industrie ist nicht in der Lage, den Bedürfnissen der Bauernwirtschaft auch nur annähernd gerecht zu werden. Dieser mit jedem weiteren Wirtschaftsjahr sich immer mehr verschärfende Gegensatz zwischen den Lebensbedürfnissen der russischen Bauernwirtschaft und der inneren Unzulänglichkeit der Staatsindustrie und ihres Handelsapparates stellt die bolschewistische Partei in ihrer wirtschaftspolitischen Praxis vor die verhängnisvolle Wahl: entweder sich ganz auf die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft einzustellen und diesem Ziele auch die gesamte Industrieproduktion in jeder Hinsicht anzupassen, oder aber umgekehrt den Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik von der Landwirtschaft auf die Industrialisierung zu verlegen und diese nach wie vor auf Kosten der Bauernwirtschaft und deren Entwicklungsbedürfnissen zu betreiben. Beträte die bolschewistische Partei den ersten Weg, so würde sie ein Maximum an Geschmilteln freimachen und der Staatsindustrie zuführen müssen, damit diese in die Lage versetzt werde, ihre Erzeugnisse den Bauern zu halbwegs erschwinglichen Preisen anbieten zu können. Diese Mittel kann sie aber nur freimachen, indem sie ihre Kapitalien aus dem Handel zurückzieht und diesen voll-

## Lohnreduzierung ist Diebstahl an der Allgemeinheit.

In Deutschland bedarf es immer gewaltiger Kräfteanstrengung, um die haltstarrigen Unternehmer zu vernünftiger Wirtschaftseinsicht zu bringen. Die Gewerkschaften wissen ein Lied davon zu singen. Die dringlichsten Notwendigkeiten wollen die deutschen Unternehmer nicht anerkennen, nur, um den Arbeitern kein Entgegenkommen zu zeigen. Wäre es nicht so, dürften vor allem die deutschen Industriellen nicht eine so hartnäckige Stellung in der Lohnfrage zum Schaden der deutschen Wirtschaft einnehmen.

Im entwickeltesten Lande des Kapitalismus, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, nehmen die Unternehmer eine dem deutschen Unternehmerstandpunkt entgegengelegte Haltung in der Lohnfrage ein, und das ist ihr Vorteil. Die amerikanischen Kapitalisten haben auf Grund ihrer Erfahrung herausgefunden, daß nicht niedrige, sondern hohe Löhne das Beste für die Wirtschaft im allgemeinen ist. Sie halten mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg und geben sie so offen kund, daß sie auch die angeblichen „Wirtschaftsführer“ anderer Staaten hören müssen.

So äußerte sich der amerikanische Staatssekretär Davis, ein wahrer Kapitalist, kürzlich über die Lohnfrage in einer Weise, die den deutschen Wirtschaftlern nicht angenehm sein wird, denn derartige Wahrheiten sind ihnen nicht willkommen.

Davis führte u. a. aus:

„Die Zeiten sind vorbei, wo irgendein Unternehmer als tüchtig oder schlau betrachtet wurde, der die Lohnsätze zu drücken versuchte.

Lohnherabsetzungen bedeuten schlechte Geschäfts- und Wirtschaftspolitik, gleichviel, ob es sich um allgemeine Lohnherabsetzungen oder Lohnkürzungen in einer gegebenen Industrie handelt. Oft wird gesagt, daß die Löhne herabgesetzt werden müssen, wenn wir den Verkauf unserer Güter auf fremden Märkten steigern wollen. Die Antwort lautet, daß wir bei solchen Lohnreduzierungen unseren gewinnbringenden Innenmarkt um vieles mehr schwächen als wir die viel unsicheren Gewinne durch Verkauf auf fremden Märkten erhöhen. Die Erfahrung hat selbst dem oberflächlichsten Beobachter die Tatsache zahlreicher der schlechten Wirtschaftspraktiken der Vergangenheit offenbart. Die Politik der niedrigen Löhne ist am jämmerlichsten zusammengebrochen. Selbst ein Dummkopf muß dem Wahnsinn der Lösung der Kaufkraft des größten Käufers, des Arbeiters, auf dem Innenmarkt einsehen, der keineswegs einen nur geringen Teil unseres nationalen Reichtums und unserer nationalen Wohlfahrt ausmacht. Keine Gegend des Landes, wo niedrige Löhne üblich sind, ist so wohlhabend, wie jene Gebiete, wo hohe Löhne gezahlt werden.

Der Unternehmer, der die Löhne herabsetzt, sei es aus egoistischen Gründen, oder weil er denkt, es sei eine gute Geschäftspraxis, ist kein guter Geschäftsmann und arbeitet gegen sich selber. Es mag ihm während einer gewissen Zeit gelingen, einen niedrigeren Lohn zu zahlen, als für den Lebensunterhalt des Arbeiters nötig ist, er läßt damit jedoch lediglich der All-

gemeinheit als Ganzes die Last auf, in Form unbezahlter Rechnungen für Lebensmittel und Kleidungsstücke den Lohn zu tragen, den er selber zahlen sollte. Um es offen zu sagen, er begeht damit einen Diebstahl an der Allgemeinheit. Dies gilt für die Industrie als Ganzes und für den einzelnen Unternehmer. Die Zeiten sind vorbei, wo irgendein Unternehmer als tüchtig oder schlau betrachtet wurde, der die Lohnsätze zu drücken versuchte. Ein solcher Unternehmer ist nicht ein tüchtiger Geschäftsmann, sondern ein Parasit an der Allgemeinheit. Die öffentliche Meinung wird ihn zwingen müssen, einen anständigen Lohn zu zahlen oder aus dem Geschäftsleben auszuschleiden.“

Nicht nur ein kapitalistischer Staatsbeamter nimmt diese Stellung ein, sondern auch Unternehmer. So schreibt z. B. Henry Ford in seinem Werk: „Das große Heute, das größere Morgen“ in gleicher Weise über die Lohnfrage:

„Das Mittel einer drohenden Preissteigerung liegt zu gebieten, besteht in der Beschneidung der Preise und Erhöhung der Löhne. Hohe Löhne bei hohen Preisen helfen niemandem — es wird einfach alles gleichmäßig im Preise hochgetrieben. Aber höhere Löhne und billigere Preise bedeuten größere Kaufkraft — Zunahme an Käufern. Verminderung der Löhne ist kein Heilmittel gegen schlechten Absatz — im Gegenteil, man setzt dadurch den Verbrauch nur noch weiter herunter, da man die Kohl der in Frage kommenden Konumenten einschränkt. Ein Teil der Ziele der Industrie besteht darin, Käufer sowohl zu schaffen, wie sie zu versorgen. Und man schafft Abnehmer, indem man herausfindet, was die Leute brauchen, dann den betreffenden Gegenstand zu angemessenem Preis erzeugt und für seine Herstellung genügend hohe Löhne zahlt, damit die Arbeiter ihn auch kaufen können.“

Entschließen wir uns zur Bezahlung hoher Löhne, dann lassen sich auch die Produktionsmethoden erlernen, die den hohen Lohn zum billigsten Lohn gestalten.“

Beschneidet man die Löhne, so beschneidet man die Zahl der eigenen Kunden. Teilt ein Fabrikbesitzer seinen Wohlstand nicht mit jenen, die diesen Wohlstand schaffen helfen, dann wird gar bald nichts zum Verteilen mehr vorhanden sein. Und dieser Erwägung halten wir es für ein gutes Geschäft, die Löhne ständig zu steigern, aber nie zu kürzen.“

Es ist bezeichnend, daß die amerikanischen Kapitalisten, deren Methoden wir damit noch lange nicht anerkennen und zu den unserigen machen, ihren europäischen Kollegen diese Winke mit dem Hauptpfahl geben. Sie tun es sicher in der bestimmten Absicht, beachtet zu werden; denn bei der Behandlung von wirtschaftlichen Angelegenheiten, vor allem bei Lohnfragen, verweisen sie in ihren Begründungen meist auf den niedrigen Lohnstand in Europa.

Demnach scheint es höchste Zeit zu sein, daß die deutschen Kapitalisten dem höheren Lohn einige Beachtung mehr schenken. Daß die deutschen Gewerkschaften wirtschaftlicher denken und handeln, als die deutschen Unternehmer, wenn sie ihr Hauptgewicht auf Erhöhung der Löhne legen, dafür sind die Ausführungen von Davis und Ford Beweis genug.

ständig dem Privatkapital überlasse, was aber ein weites Tür- und Toröffnen der privatkapitalistischen Wirtschaft und ein vollständiges Aufgeben selbst der letzten Reste kommunistischer Bestrebungen bedeuten würde. Indes: selbst die erhöhten Zuschüsse würden nicht ausreichen, die Senkung der Industriepreise bis zum erforderlichen Grade zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, würde man außerdem nicht nur jede Hoffnung auf eine kommende Erhöhung der Konsumtionslöhne aufgeben, sondern den an sich schon unzureichenden heutigen Reallohn noch weiter herabsetzen müssen, was eine Anlehnung der bereits jetzt schon unzufriedenen Arbeiterschaft und deren völlige Abkehr von der bolschewistischen Führung zur Folge haben würde. Wählte die regierende Partei aber den anderen Weg, den Weg der Industrialisierung und in jedem Preis und der V. Behaltung sämtlicher staatswirtschaftlicher „Kommandohöhen“, und wollte sie unter solchen Umständen die Mittel zur Verwirklichung der Bedürfnisse der Arbeiterschaft durch gesteigerte Ausbeutung des Dorfes herbeischaffen, so würde dies den Ruin der russischen Bauernwirtschaft bedeuten. Die Folge dieses Ruins wäre aber der völlige Zusammenbruch der gesamten russischen Volkswirtschaft und mit dieser auch der bolschewistischen Herrschaft selbst.

Es liegt auf der Hand, daß die bolschewistische Partei weder den einen, noch den anderen Weg a n z betreten kann, ohne dabei sich selbst aufzugeben. Ausgangspunkt und Lebensgrundlage des Bolschewismus ist der für den rebellischen Intellektuellen so bezeichnende Glaube an die weltumstürzende Allmacht der Idee, des Willens und der Organisation, der Glaube, daß man mit Hilfe einer genügend starken Organisation und eines starken Willens die Weltgeschichte, ihrer eigenen Gleichmäßigkeit ungeachtet, nach Belieben lenken, einzelne ihrer Phasen überspringen kann, daß man lediglich Kraft der Idee, der Organisation und der politischen Gewalt die rückständigen, vom Flachland beherrschte russische Volkswirtschaft in das Reich des Sozialismus hinüberleiten kann. Der Lebenswahn, daß indes die Unmöglichkeit einer derartigen willkürlichen Heberleitung mit voller Gewissheit offenbart. Das Leben hat die Bolschewiki vor die Alternative gestellt: entweder ganz beim Bolschewismus zu bleiben und von der Regierung zurückzutreten — oder als die Partei der Wiederkapitalisierung Russlands weiter zu regieren und dem Bolschewismus a n z abzugeben. Die bolschewistische Partei hat den dritten Weg — den Weg der Halbheit gewählt. Sie konnte nicht gut vor aller Welt dem

Bolschewismus endgültig Valet sagen und sich offen zur Kapitalisierungspolitik — wie diese in Wirklichkeit doch von ihr selbst betrieben wurde — bekennen, wollte sie nicht den letzten Rest der Arbeiterkompagnien verwirren. Um sich aber am Regierungsruhr zu behaupten, mußte sie Kapitalisierungspolitik treiben, mußte sie selbst den Bolschewismus zu Grabe tragen. Die Stalinpartei hat denn auch den eigentlichen Bolschewismus „unter die Erde“ gebracht, und so wurde er — unterirdisch: der Bolschewismus wurde zur illegalen Opposition!...

In dieser Hinsicht ist der Umstand überaus bezeichnend, daß, während die „rechte“ Opposition, der die Stalinischen Konzeptionen an die Bauernschaft noch nicht weitgehend genug sind, in der W.M. nur spärlich vertreten ist, die Hauptmasse der Opposition auf dem „linken“, also ganz bolschewistischen, Flügel steht, der sich um Trotski, Sinowjew, Prochorski konzentriert.

Die „Opposition“, als Rahmenträgerin und einzige Hüterin des Bolschewismus, streut sich mit aller Kraft gegen die kapitalistische Weiterentwicklung der russischen Wirtschaft; für sie ist der „Kriegskommunismus“ ein geringeres Übel, als die gegenwärtige W.M. Und damit spricht sie sich selbst: das Urteil: sie kann nicht liegen!

Der um den verheißenen Sozialismus sich betrogen fühlende kommunistisch gestimmte Teil der russischen Arbeiterschaft, empört über die bisher immer noch zunehmende Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse, wendet sich der „Opposition“ zu. Diese Sympathien für die „Opposition“ bringen in verlarveter Form, gewissermaßen als Herrbild, das Volkstreiben der russischen Arbeiterschaft zum Ausdruck, den proletarischen Massenkampf gegen jegliche, sei es die privat-, sei es die staatliche Sowjetkapitalistische, Form der Ausbeutung zu führen.

Kann also die „Opposition“ auch nicht liegen, so wird ihr doch in den russischen Arbeiterkreisen ein gewisser Erfolg solange beizubehalten bleiben, als das Leben den russischen Arbeitern nicht die Möglichkeit einer normalen, ihren Lebensinteressen entsprechenden, frei organisierten Klassenbewegung zu bieten vermag.

Die drakonischen Maßnahmen der Stalinpartei gegen die führenden Köpfer der bolschewistischen Revolution werden zu dem moralischen Erlaß der „Opposition“ ein Hebriges beitragen.

Abramowitsch-Jesimov.



Der Internationale Arbeiterschuh-Kongress in Berlin.

Der Schweizerischen Regierung gebührt das Verdienst, für eine staatliche internationale Sozialpolitik den Anstoß gegeben zu haben. Im Jahre 1876 machte der Präsident des Schweizerischen Nationalrats, Oberst Emil Frey, den Vorschlag, die Schweiz solle den Abschluss internationaler Verträge zur einheitlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse in allen Industrieländern anregen.

Zu dem Entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit es die Grenzen gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gesetzt werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern.

Weiter wird die Heberzeugung ausgesprochen: daß auch andere Regierungen von dem Wunsche befeelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen.

Bekanntlich war dieser Erlass Wilhelm II. mit einer der Ursachen des Konfliktes mit Bismarck. Dem „eisernen Kanzler“ war die Arbeiterschuhpolitik ein Dorn im Auge, und der Kaiser legte Bismarck nahe, sein Amt als preussischer Handelsminister niederzulegen.

Sämtliche Vertreter waren nur zur Beratung der der Konkurrenz unterbreiteten Fragen berechtigt, jedoch nicht zum Abschluss von Verträgen. Das Arbeitsprogramm umfaßte die Regelung der Arbeit in den Veramerken, die Sonntagarbeit, die Arbeit der Frauen und Kinder und Jugendlichen.

Das Gesellenstück. \*)

„Dannemweiter, das war geradezu glänzend!“ Räumlich das Urteil über sein „Gesellenstück“. „Du war heute „Losgeproben“, war nach dreijähriger Lehrzeit Geselle geworden.“ Ein Barockrahmen von tadelloser Unterarbeit, ebensolcher Verzierung, bei der die Glanzstellen herabgeragt herausgeholt waren, hatten die höchste Anerkennung aller Innungsmeister gefunden und Otto eine silberne Taschenuhr als Prämie eingetroffen.

Arbeiterschuh in der Glasindustrie.

In dem herrlich gelegenen Riesengebirgsorte, in Ober-Schreiberhan, befindet sich die Glasfabrik Josephinenhütte. Die Fabrik besitzt einen sehr guten Ruf, denn die prachtvollsten Sachen, die überhaupt in der deutschen Glasindustrie erzeugt werden, dürften unabweislich in diesem Betrieb angefertigt werden.

Nach dem Weihnachtsfest trieb mich die Neugier nach Ober-Schreiberhan, denn ich hatte ja den Rest meiner Ferien noch zu verleben. Als Glasmacher habe ich keine größere Freude, als die Hitze zu befechten, um mich an der Herstellung des kostbaren Glases zu ergötzen.

Die Erzeugnisse der Firma sind weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt. Wir dürfen wohl nicht zu viel sagen, wenn wir aussprechen, daß wohl in Deutschland kaum eine zweite Firma ein so schönes Kristall und auch andere Gläser herstellt, wie sie in Schreiberhan gemacht werden.

Im Betrieb sind zwei Glashütten, und an beiden Defen fand ich als Einträger neun junge Mädchen beschäftigt, von denen einige sich in einem so überaus schwächlichem körperlichen Zustand befanden, und kaum das 14. Lebensjahr überschritten haben dürften, daß deren Beschäftigung an Glashütten geradezu als Skandal bezeichnet werden muß.

Draußen im Gebirge, ja unmittelbar vor der Tür der Glasfabrik, wagt die „vornehme Welt“ auf und ab und gibt sich dem Sport hin. Fast alle Frauen tragen Hüfen und Hübschke. Mich wunderte, daß die Firma noch nicht dazu übergegangen ist, ihren Einträgerinnen Hüfen zu kaufen und ihnen Hübschke schneiden zu lassen, denn dann könnte man wenigstens den Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen nicht so kraß erblicken.

Auch die Arbeitszeit wird nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen eingehalten. In der Glashütte beginnt die Arbeitszeit früh 7 Uhr und endet nachmittags 5 Uhr. Dabei sind 1 1/2 Stunde Pause, so daß die eigentliche Arbeitszeit 8 1/2 Stunde beträgt.

In der Schleiferei soll nach den mir gemachten Angaben die achttündige Arbeitszeit eingehalten werden. Man erklärte mir, daß die Arbeit um 8 Uhr morgens beginnt und abends 6 Uhr endet, dabei zwei Stunden Pausen liegen.

Die Kollegen scheinen sich in das ihnen als unveränderlich betrachtende Schicksal zu fügen. Aber die Organisation darf dazu nicht schweigen, und wir haben die erforderlichen Schritte eingeleitet, um auch in der Josephinenhütte zu Ober-Schreiberhan die gesetzlichen Bestimmungen zur Durchführung zu bringen.

Tafelglasindustrie-Kollegen, achtet darauf!

Die Entwicklung in der mechanischen Tafelglasherstellung hat in den letzten Jahren große Fortschritte in Deutschland gemacht. Diese Fortschritte haben sich teils zum Segen, teils zum Schaden der Glasindustriellen ausgewirkt, d. h. für diejenigen Industriellen, welche sich auf Grund ihres Kapitals eine mechanische Ziehmaschine leisten konnten zum Segen zum Schaden für diejenigen Industriellen, welche sich in Ziehmaschine leisten können, und der großen Konkurrenz um ihre Betriebe stilllegen mußten.

Im letzter Zeit wurde bekannt, daß die deutschen Ziehglasindustriellen ihr Produkt bedeutend billiger auf den Weltmarkt bringen wollen, als dies die handarbeitenden Hütten im Ausland zum Beispiel will man den Quadratmeter Ziehglas 3. So dem Preise der 4. Sorte handgearbeitetes gleichstellen. Dies das Ende vieler Mundblashütten bedeutet und die Vernichtung der Existenz tausender fleißiger Kollegen zur Tat werden, muß jedem einleuchten.

Im Interesse aller in den Mundblashütten Beschäftigten muß den Kollegen in der mechanischen Ziehglasindustrie geöffnet werden, daß sie ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse so gestalten haben, daß es den Herren nicht einfallen darf, auch nur ein Zota billiger ihr Ziehglas verkaufen zu können, als dies die Mundblashütten tun.

Wenn ich mich nun mit diesen Zeilen an die Kollegen der mechanischen Tafelglasindustrie wende, so glaube ich bei Auffassung sein zu können, die Meinung aller in den Mundblashütten Beschäftigten vertreten zu haben.

Zum Schluß nochmals die dringende Bitte: Kollegen in der mechanischen Tafelglasindustrie, laßt euch nicht zum Totengräber der Kollegenschaft in den Mundblashütten stampeln, sondern handelt so, daß es für die Glasarbeiterschaft zu Wohlstand gereicht.

Eine wichtige Entscheidung.

Bei der Firma Akt, Oberhardt & Jäger, Glashüttenwerk in Plmenau (Südringen), trat im Oktober 1927 eine Betriebskrise ein. Die Arbeiter, 88 an der Zahl, mußten am 21. und 22. Oktober die Arbeit aussetzen, weil Ableger vorrätig wurden zum Aufhängen verwendet. Die Firma lehnte die Bezahlung der beiden Tage, an denen die Arbeiter die Arbeit aussetzen mußten, ab.

„Du, Otto,“ sagte ein Freund, der heute auch Geselle geworden war, halbblau zu ihm, „laß doch den Bopzbruder. Halte mit der Jugend, die zur Freiheit strebt.“ „Freiheit!“ — „Freiheit!“ — „Geielle“, nicht mehr „Lehrbub“! Wie wollte er das genießen. „Du,“ sagte der Kollege wieder, „dein neuer Anzug kleidet dich aber famos.“

Spät verließ Otto schwankend den „Paradiesgarten“. Der Rest der dreieigen Markt hatte nicht gelangt. Mit Tränen in den Augen hatte er sich, während Gulda im Wohnzimmer tat, als wären sie schlief, von der Wirtin für den verbleibenden Rest die silberne Taschenuhr, „eine Prämie“, als Pfand abnehmen lassen. Er hatte sich so gefreut, sie stolz seiner Mutter zu zeigen. Wie würde die schauen.

\*) Aus „Amoretten“, erschienen aus dem Irrgarten der Liebe, von Adelphi Hoffmann, Selbstverlag, Berlin D. 17, November 6. II.



eine Leistungsmöglichkeit auf beiden Seiten, die weder sie noch der Kläger zu vertreten hätten und die deren Anspruch auf Grund des § 23 des UGB. in Wegfall bringe. Durch den Nachmangel sei auch die Arbeitsleistung der Kläger unmöglich geworden mit dem Erfolg, daß sie den Anspruch auf den Lohn verlieren hätten. Diese Argumentation schlug nicht durch und konnte auch nicht durchschlagen.

Die Firma war die einzige Hütte in Thüringen, die wegen des mitteldeutschen Vergarbeiterstreiks vorübergehend nicht arbeiten konnte. Unsererseits wurde darauf hingewiesen, daß die Firma den Nachmangel voraussehen und ebenso wie alle anderen Betriebe sich rechtzeitig und ausreichend hätte eindecken können. Alle übrigen Betriebe hätten infolge ihrer Voransicht ausnahmslos und reibungslos die Kohlenkrise überstanden. Das hätte der Beklagten ebenfalls möglich sein müssen, zumal zu jenem Zeitpunkt in den Zeitungen aller Schattierungen auf die drohende Gefahr eines Vergarbeiterstreiks hingewiesen wurde. Auch hätte sich die Firma Kohlen von einer anderen Hütte, deren es in Jena und unmittelbarer Umgebung eine ganze Anzahl gäbe, besorgen bzw. solche aus einem anderen Bezirk beziehen können. Schließlich wurde durch die Kollegen Dornheim und Nobst, die die Klage vertreten, dargelegt, daß die Beklagte die 33 Kläger während dieser kurzen Zeit mit Ausschüßarbeiten hätte beschäftigen können, an denen es nicht gemangelt habe und zu denen die Kläger auch durchaus bereit gewesen wären. Die Verurteilung der Firma auf „höhere Gewalt“ sei durchaus abwegig. „Höhere Gewalt“ läge völlig außerhalb jeder menschlichen Berechnung und Einflußnahme, das Ereignis aber — der Kohlenmangel —, das der Betriebsunterbrechung zugrunde lag, wäre für jeden Durchschnittsbegabten wochenlang voranzusehen gewesen und so entfallte die Verrechnung, sich auf „höhere Gewalt“ berufen zu können. Durch die von der Firma verlangte Arbeitsausgleichung sei sie als Dienstberechtigte in Annahmeverzug geraten und auf Grund des § 615 des UGB. verpflichtet, den Arbeitern die vereinbarte Vergütung zu zahlen.

Wegen den Spruch des Arbeitsgerichts legte die Firma Berufung ein, die am 4. Januar 1928 vor dem Landesarbeitsgericht in Jena verhandelt wurde. Die Firma wurde durch die beiden Syndikats des Schlichterverbandes, Dr. Schmidt und Witzendorf, vertreten. Das Landesarbeitsgericht kam, unserem Antrag gemäß, zur Verwerfung der Berufung und legte der Firma weiter die Kosten des Verfahrens auf. Die Revision gegen das Urteil wurde abgelehnt.

Das Landesarbeitsgericht kam aus rein rechtlichen Gründen zu seinem Spruch. Wichtig sind folgende Sätze aus der Begründung: „Die heutige Wirtschaftsordnung ist eine kapitalistische. Der Arbeitgeber als Besitzer der Produktionsmittel hat die Leitung und Verwaltung seines Betriebes allein in der Hand. Der Arbeiter hat darauf keinen Einfluß. Der Unternehmer zieht ebenfalls allein den Gewinn aus seinem Unternehmen, daraus folgt, daß er allein auch das Betriebsrisiko zu tragen hat. Unbillig wäre es, wenn man den Arbeitern, die selbst in den besten Zeiten nur ihre großen Löhne haben und am Gewinn nicht beteiligt sind, das Betriebsrisiko aufbürden wollte.“

### Rheinische Glashütten A.-G. K. Ehrenfeld.

Der Geschäftsbericht dieser Firma für das Jahr 1926/27 wurde in der Hauptversammlung einer scharfen Kritik unterzogen. Nach dem Bericht der Verwaltung beträgt der Verlust 159 270 RM. Der Aktionär Dr. Teichmann bemängelte den ungenügenden Abschluß, der bei den Aktionären große Enttäuschung hervorgerufen hat. Vor ein und zwei Jahren habe die Verwaltung die Lage des Werkes als besonders günstig hingestellt und jetzt sei ein erheblicher Verlust zu verzeichnen. Er machte den Vorschlag, die Selbständigkeit des Werkes aufzugeben und sich mit einer anderen Gesellschaft zu einem leistungsfähigeren Unternehmen zu verschmelzen. Jetzt befinden sich die Mehrzahl der Aktien im engeren Familienkreise, und wenn es der Gesellschaft jetzt so schlecht gehe, sei nur der von ihm vorgeschlagene Weg der allein richtige. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates machte daraufhin geltend, daß die Verwaltung alles getan habe, um das Unternehmen rentabel zu gestalten. Der Verlust sei in erster Linie auf die Lage der Glasindustrie im allgemeinen zurückzuführen, dann aber darauf, daß der Hohlglasbetrieb längere Zeit stillstehender habe. Auch der scharfe Wettbewerb in der Glasindustrie habe mit dazu beigetragen, daß in der Preisgestaltung sich die Lage für das Werk wesentlich verschlechtert habe. Die Verwaltung habe Umbauten vornehmen müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben, der Betrieb ist modernisiert worden und die Verwaltung hoffe, daß recht bald wieder bessere Zeiten kommen werden.

Aus den Kreisen der Arbeiterchaft ging der Verbandsleitung zu dem Geschäftsabschluß die Mitteilung zu, daß nicht nur die Stilllegung der Hohlglasabteilung zu dem Verluste beigetragen hat, sondern auch der Umstand, daß ein halbes Jahr lang Kurzarbeit eingelegt wurde, und daß bei einer Arbeiterzahl von 40-50 Beschäftigten der ganze Beamtenapparat erhalten worden ist. Es müßte auch der Direktion bekannt sein, daß bei dem gegenwärtigen Stande der technischen Einrichtungen des Werkes jede Kurzarbeit bei Verbeibaltung der hohen Generalaufkosten zu Verlusten führen muß. Der Arbeiterrat hat in mehreren Sitzungen und auch in einer Eingabe an den Aufsichtsrat mehrmals auf die unwirtschaftliche Handlungsweise hingewiesen. Aber alle diese Mahnungen wurden nicht befolgt; man war der Ansicht, daß durch Lohnminderungen es möglich sein müßte, die Unkosten herabzusetzen und Verluste hintanzuhalten.

Bei allen Lohnverhandlungen mußten wir die Erfahrung machen, daß immer wieder die schlechte wirtschaftliche Lage des Werkes, die Preispolitik im allgemeinen und die Konkurrenzfähigkeit des Werkes in den Vordergrund geschoben wurde. Ob die Direktion auch die von der Arbeiterchaft angeführten Tatsachen der Kurzarbeit und der Verbeibaltung des Beamtenstabes in der Kurzarbeitsvermittlung mitteilt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Arbeiterchaft kann auf die Dauer diese Gründe für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkennen und verlangt, daß bei der kommenden Lohnregelung, umschaltet der Lage des Werkes, ihre Forderungen entsprechend ihrer Arbeitsleistung und den Lebensnotwendigkeiten zur Befriedigung einer ausreichenden Existenz erfüllt werden.

### Rädniß.

In der Generalversammlung der Rädniß am 8. Januar wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: zum 1. Bevollmächtigten der Kolle Alexander Springer, Rädniß, Kr. Krossen a. d. Eder, Glashütte; zum 2. Bevollmächtigten der Kolle Alexander Müller, Rädniß, Kr. Krossen a. d. Eder, Glashütte.

Die Auskunftsstelle für Arbeitssuchende liegt in den Händen des Kollegen Will. a. T. a. n. z. R. Krossen a. d. Eder, Glashütte. Alle die Rädniß betreffende Zuschriften, sind an obgenannte Adressen zu richten.

Die große Benne in Rädniß wird am 21. Januar 1928 wegen Reparatur gefächelt. Ein Teil der Belegschaft wird an der kleinen Zaesmanne beschäftigt. Die Hälfte der Belegschaft bleibt vorläufig arbeitslos.

### Reiß H. E.

Die Glashütte Reiß ist seit November 1927 wieder in Betrieb. Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß sich ein großer Teil Kollegen mit Arbeitsangeboten direkt an die Firma wendet. Der Betrieb ist voll besetzt und ist es daher zwecklos, Arbeitsangebote nach Reiß zu richten.

Der Arbeitsnachweis wird von dem Kollegen Artur Kreißel, Reiß, Drehsauer Vorstadt, verwaltet. Wir bitten die Kollegen, dies zu beachten!

### Jemlich.

Die Gräflich Arnimische Glasfabrik in Jemlich sucht in verschiedenen Tageszeitungen Feinschleifer. Da derzeitige alle Stellen besetzt sind, aber Differenzen bezüglich der Arbeitspreise bestehen, werden die Kollegen ersucht, keine Arbeitsangebote zu machen, sondern in allen Fällen sich vorher an die Zahlstellenleitung, Weißwasser, D.-L., Mühlauerstr. 6, zu wenden.

### Japans Porzellanindustrie.

Von der japanischen Porzellanindustrie hören wir bisher von der Unternehmenseite meist nur, daß sie neben der tschechoslowakischen der deutschen Porzellanindustrie vor allem in den Vereinigten Staaten Nordamerikas größte Konkurrenz mache, wie es aber in Wirklichkeit mit der japanischen Porzellanindustrie gestekt ist, darüber konnte wenig Aufschluß erlangt werden. Nun brachte der „Keramos“, Heft 12, Jahrgang 1927, einen ausschlußreichen Artikel, dem wir folgende Auszüge entnehmen: „Die japanische Porzellanindustrie umfaßt im Jahre 1922 nicht weniger als 7190 Betriebe, darunter sehr viele Zweigbetriebe (wahrscheinlich auch keramische Malereien). Wie das Verhältnis zwischen einigermassen bedeutenden Betrieben und Zweigbetrieben ist, mag durch die Tatsache veranschaulicht werden, daß es im Bezirk Nagoya 14 feinkeramische Betriebe mit mehr als 25 Arbeitern (1922) gab und 264 Betriebe unter 25 Arbeitern. Insgesamt wurden 43.044 Arbeitskräfte beschäftigt, so daß auf den Betrieb insgesamt 6,16 Arbeiter kommen. Schon mit diesen Zahlen ist gesagt, daß die japanische Porzellanindustrie zum großen Teil noch im vorindustriellen Entwicklungsstadium steht, und vielfach, der uralten Tradition gemäß, noch rein handwerklich betrieben wird. Da es andererseits bekannt ist, daß es einige sehr große kapitalträchtige Unternehmen gibt, z. B. Morimura Bros und die Nihon Toki Ka-bushiki Kaisha, so sind die Gegenläufe innerhalb der japanischen Porzellanindustrie sehr groß und das spricht sich auch im Produkt aus. Während die Großunternehmen Feldpatporzellan im wesentlichen nach kontinental-europäischer Methode herstellen, sind viele Kleinbetriebe offenbar noch bei dem alten asiatischen Verfahren geblieben, und es wird offenbar auch manche Ware hergestellt, die den Namen Porzellan nicht verdient.“

Der Produktionswert der gesamten Erzeugung wird für das Jahr 1922 auf 60,5 Millionen Yen angegeben. Rechnet man diesen Wert über den Dollarkurs in Reichsmark um, so erhält man rund 122 Millionen Reichsmark.

Von diesem Wert sind für chemotechnisches, usw. Porzellan und für elektrotechnisches Porzellan 7,6 Millionen Yen abzutreiben, so daß für jenes Porzellan, das in den Bereich des Verbandes deutscher Porzellangefäßfabriken und des Verbandes deutscher Ziegler für Gebrauchszwecke, Bier- und Kunstporzellan fällt, 114,9 Millionen Yen oder 107,387 Millionen Reichsmark übrigbleiben.

Pro Kopf des Arbeiters ergeben sich bei einem Vergleich von deutschen und japanischen Verhältnissen 3091 Reichsmark Marktwert der Produktion für Deutschland, 2794 Reichsmark Marktwert der Produktion für Japan, 1384 Reichsmark Jahreslohnsumme für Deutschland und 1260 Reichsmark Jahreslohnsumme für Japan. Das Verhältnis vom Umsatz zur Lohnsumme ist 160 zu 17 in Deutschland und 100 zu 45 in Japan. Die unterschiedlichen Jahreszahlen sind deshalb genommen, weil 1922 in Japan die Entwurfzahl des Yen noch nicht so groß war und einen Vergleich eher ermöglichte.

Diese Zahlen zeigen, daß pro Kopf des Arbeiters in Japan der Produktionswert wie auch die Jahreslohnsumme rund zehn Prozent niedriger sind als in Deutschland. Im übrigen ist der Lohnanteil am Produkt (relativ) genau so groß wie in Deutschland.

Wohl haben in jedem Bezirk keramische Fabriken Gilden, aber diese Gilden sind keine Instanzen zur Preisfestlegung.

Freilich sind die großen Fabriken nicht nur in der gewerkschaftlichen Form der Gilde, sondern auch in der kapitalistischen Konzernform organisiert. Diesen Konzernen ist dann als Hauptaufgabe die Eroberung des ausländischen Marktes übertragen. So gibt es in New-York eine besondere Dank für die japanischen Porzellanimporte.

Was der Preis der Ware anbelangt, so ist der Japaner bestrebt, den Preis seiner Kunden auf äußerste nachzukommen. In New-York zum Beispiel sind japanische Mustermacher ansässig, die ihre dekorativen Ideen, die ihnen das amerikanische Leben vermittelt, unmittelbar auf japanisches Porzellan übertragen. Derartige Stücke werden in besonderen Musterbüchern aufbewahrt und dem nach New-York zum Einkauf kommenden Kunden gezeigt, mit dem Bemerkens, daß sie die neuen Muster für die übernächste Saison, und der Kunde könne sich, wenn er einen ansehnlichen Auftrag plazierte, das betreffende Muster für seine Stadt oder seinen Bezirk als alleiniger und einziger Händler sichern. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese moderne Form der Absatzfrage, auf längere Sicht als bisher, nach zwei Seiten hin Vorteile gewährt: der Kunde kann früher disponieren und harter für die Erhaltung seines Geschäftes sorgen. Der Fabrikant kann ebenfalls früher disponieren und das Marktrisiko vermindern. Der Japaner hat also an die Stelle der Markproduktion, die mit ihrem Risiko ein der Merkmale der herrschenden Wirtschaftform ist, die Kundenproduktion der alten Form der Stadtwirtschaft zu setzen.

Aus den Zahlen über den Wert der Produktion läßt sich ersehen, daß die japanische Porzellanindustrie für Gebrauchszwecke, Bier- und Kunstporzellan ungefähr der deutschen gleichkommt. Diese Angaben sind aber insofern mit Vorbehalt aufzufassen, als offenbar nicht überall eine scharfe Scheidung zwischen Steingut und Porzellan vorgenommen wurde.

### Selb.

Einsicht scheint sich in unserer Zahlstelle wieder Bahn zu brechen und gewerkschaftliche Arbeit und Tatkraft können wieder wirksamer zu werden. Man kann diese gewerkschaftlich-erregenden Tatsachen aus dem Verlauf und Verlauf der Jahresversammlung der Zahlstelle entnehmen. Viele alte Gewerkschaftler, denen das Ausstrahlen von Parteileidenschaften in den Zahlstellerversammlungen zuwider war, kamen; deshalb war die Jahresversammlung auf besucht. Die sich Opposition nennende kommunistische Parteileitung am Ort hatte ihren gewerkschaftlich organisierten Anhang durch Zirkulare besonders zur Jahresversammlung eingeladen, aber merkwürdigerweise blieb der Erfolg der Einladung aus. Wenn dieser Umstand etwa auf die Einsicht zurückzuführen sein sollte, daß der organisierte Arbeiter in der Gewerkschaft in erster Linie Gewerkschaftler und nicht angeführter Parteimitglied sein muß, so wäre das zu begrüßen. Die Zahlstelle in Selb würde dann dem Unternehmertum gegenüber wieder eine bessere Mittelstellung erlangen und für die gewerkschaftlich tätigen Kollegen und Kolleginnen einen geschlosseneren Rückhalt darstellen. Anfolge der gewerkschaftlich politischen Zusammenfassung der Jahresversammlung kamen die Beschlüsse auch in voller Einmütigkeit zustande. Wäre die sogenannte Opposition in der Mehrheit gewesen, wäre die mit Mehrheit erwählte Verwaltung, in der sich auch politische orientierte Gewerkschaftler befinden, kaum durchzusetzen; denn reine gewerkschaftliche Tätigkeit darf in eine parteiorganisatorische Mehrheit nicht münden und ausüben. Es wäre zu wünschen, daß die auf der Jahresversammlung zum Ausdruck gekommene gewerkschaftliche Einmütigkeit auch in Zukunft bewahrt wird, damit die Schäden aus den Jahren 1923/24 wieder ausgemerzt werden.

Hieran an den Wiederanbau, an die Agitation, die gemacht von Parteinationalismus, Zeit zusammengeklaffen in der am liebsten Mund ist die Porzellanarbeiterchaft doch Selbst eine Macht, die den kommenden Kämpfen mit dem Unternehmertum getrost entgegenstehen kann.

### Dengler, Anton

Nach dem vollendeten 37. Lebensjahr verchied am 6. Jan. 1928 unser unvergesslicher Kollege Anton Dengler in Zellow. Wir verlieren in ihm nicht nur einen unserer besten Kollegen, sondern auch einen ausgezeichneten vorbildlichen Menschen. Sein Leben war Kampf. Mit 16 Jahren schloß er sich dem Porzellanarbeiter-Verband an und stand immer mit in vorderster Linie. Er war Betriebsratsvorsitzender der Porzellanfabrik Zellow. Sein Glaube an die gerechte Sache der arbeitenden Menschheit war unerschütterlich. Nicht freiwillig leugte er die Führerschaft, sondern durch heimtückische Krankheit wurde er gezwungen, zu verzichten. Trotz des ewigen Naturgelebes vom Werden und Vergehen stehen wir doch tief erleichtert vor dem plötzlichen, unerwarteten Lebensabschluß. Wir betrauern unseren Anton Dengler, er wird uns so unvergesslich bleiben. Unsere Aufgabe wird sein, sein Lebenswerk mit der gleichen Zähigkeit und Ausdauer fortzuführen, wie er es tat. Ehre seinem Andenken!

### Porzellangeschäft.

Ueber die Geschäftslage in der Porzellanindustrie geht folgende Nachricht durch die Presse: „Die Lager des Handels, die sich infolge des guten Weihnachtsgeschäftes geleert hatten, beginnen sich nun wieder aufzufüllen. Die Zulandaufträge der Porzellanindustrie mehren sich. Die gegenwärtige Konjunktur, die noch unter dem Zeichen des Weihnachtsgeschäftes steht, ist günstig, läßt jedoch keinen Schluß auf die allgemeine Konjunktur zu. Noch ist sie rein binnenländisch orientiert und entwickelt sich daher ziemlich ruhig. Ob die Beschäftigung auch im Februar, wo das Auslandsgeschäft beginnt, weiterhin günstig bleiben wird, steht noch sehr in Frage. Gegenwärtig liegt der Auslandsmarkt noch ziemlich still. Erst Anfang des Jahres pflegen die Exportaufträge, besonders aus Amerika, einzutreffen.“

### Zieglerkonferenzen.

Für die Zieglerkollegen in Elbringen, Schwabenberg, Voche, Großenmarpe, Farmbed, Lage, Leopoldshöhe, Köhlstädt, Schlangen, Saufenbeck, Hohenhausen und Kützig waren für den 7. und 8. Januar Konferenzen angesetzt, die leider fast durch das schlechte Wetter beeinträchtigt waren. Es gab ununterbrochen in Strömen. Die Teilnehmerzahl schwankte deshalb in den einzelnen Versammlungen bzw. Konferenzen zwischen 30 und 80 Personen. Man konnte es allerdings bei solchem Wetter besonders den älteren Kollegen nicht zumuten, weite Wege zu machen und dann mit durchnässten Kleidern Stundenlang im Versammlungslokal zu sein. Aber die erschienenen Kollegen sind auf ihre Rechnung gekommen. Die anwesenden Redner erledigten sich mit großem Geschick der ihnen gestellten Aufgabe und sie fanden für ihre Ausführungen eine anerkennende Zuhörerzahl. Diese Konferenzen können als ein Anhalt für die am 11. Februar in Lemgo stattfindende Landeskonferenz der Ziegler gelten. — Vereinerung sprach aus den Ausführungen der einzelnen Distriktsredner. Es würde zu weit führen, wollten wir die Ausführungen der einzelnen Kollegen hier wiedergeben. Aber eins kann gesagt werden: bei allen Rednern war der feste Wille vorhanden, mitzuwirken an dem weiteren Ausbau des „Keramischen Bundes“. Es herrschte ein guter gewerkschaftlicher Geist in den Versammlungen. Er gibt uns die Gewißheit, daß die Kollegen daran mitarbeiten werden, den letzten Ziegler für unsere Organisation zu gewinnen, damit wir mit Ruhe und Entschlossenheit den kommenden Tarifverhandlungen entgegenstehen können. In der einzelnen Tagesfragen wurde in eingehender Weise Stellung genommen und folgende Entschlüsse gefaßt:

1. An der am Sonntag, den 8. Januar, abgehaltenen Zieglerkonferenz in Lage, Leopoldshöhe, Großenmarpe, Hohenhausen, Farmbed und Kützig wurden nachstehende Entschlüsse einstimmig bekräftigt und angenommen:

Die Konferenzteilnehmer nehmen mit Befriedigung Kenntnis von dem Aufstieg, den unsere Organisation, der „Keramische Bund“ in Lippe genommen hat. Die Konferenzteilnehmer verpflichteten sich, in diesem Winter eine andauernde Vorarbeit unter den uns noch fernstehenden Kollegen vorzunehmen, damit zum kommenden Frühjahr eine festorganisierte Zieglerchaft mit Ruhe und Entschlossenheit den kommenden Verhandlungen mit den Zieglerbesitzern entgegenstehen kann.

Die organisierte Zieglerchaft richtet an die unorganisierten Ziegler die dringende Bitte, nicht länger abseits unserer Organisation zu stehen, damit die berechtigten Forderungen der Ziegler durchgeföhrt werden können. Unorganisiert sein heißt: die Zieglerbesitzer in ihren arbeitsfeindlichen Bestrebungen unterstützen! Dieser Vorwurf müßte den unorganisierten Kollegen gemacht werden, wenn sie auch weiterhin sich unserer Organisation nicht anschließen.

2. Einmütig schließen sich die Konferenzteilnehmer den bisherigen Protesten gegen die längeren Wartezeiten für Ziegler bei Arbeitslosenunterstützung an.

3. Die am 8. Januar taendenden Zieglerkonferenzen stellen fest, daß für die Zieglerindustrie das Jahr 1927 ein gutes Geschäftsjahr war und die Zieglerbesitzer ansehnliche Gewinne erzielt haben. Bei Abschluß der Tarife im Frühjahr 1927 konnte die Geschäftslage nicht genau übersehen werden. Die Löhne waren daher zu niedrig und die sonstigen Tarifbestimmungen ungenügend.

Die Verbandsleitung wird daher beauftragt, dahin zu wirken, daß im kommenden Frühjahr bessere tarifliche Bestimmungen und höhere Löhne erreicht werden.

Insbesondere nehmen die Konferenzteilnehmer davon Kenntnis, daß die Zieglerbesitzer die schriftliche Bestätigung verlangen, daß die Ziegler 10 Stunden arbeiten wollen. Die Ziegler werden aufgefordert, eine solche schriftliche Erklärung nicht zu geben.

4. Die Zieglerkonferenzen des „Keramischen Bundes“ sprechen den Zieglermeistern und Zieglerbesitzern gegenüber ihr Befremden darüber aus, daß diese ihre Zieglergewinne noch immer in die „Lippische Landeszeitung“ legen. Die lippischen Ziegler werden in ständig wachsendem Maße Leser des „Lippischen Volksblattes“ und wünschen, daß die offenen Stellen in dem Blatt der lippischen Ziegler, dem „Volksblatt“, veröffentlicht werden. Nachdem die „Lippische Landeszeitung“ sich von einem linksdemokratischen Blatte zu einer rechtsstehenden Zeitung im Laufe der Jahre entwickelt hat, kann es keinem Ziegler ungenutzt werden, die „Landeszeitung“ zu halten oder zu lesen. Die Ziegler betrachten den jetzigen Anstandsstand als unwürdig eines freien Arbeiters im freien Staate und richten an die Zieglermeister und Besitzer die dringende Bitte, den berechtigten Wünschen entgegenzukommen und Zieglergewinne in die Zeitung zu legen, die von der Zieglerchaft geleitet wird, nämlich das Volksblatt in Detmold. Die Zeitung des „Keramischen Bundes“ wird beauftragt, diese Entschlüsse dem Meisterverband und den maßgebenden Zieglerbesitzerverbänden anzustellen.



### Aunstkleinindustrie in Köln.

Die bei der Firma **Minga & Nagen** beschäftigten Sofarbeiter sind in der Lohnabstufung gegenüber den Facharbeitern erheblich zurückgeblieben. Während den Facharbeitern ein Stundenlohn von 84 bis 88 Pf. bezahlt wird, teilweise noch darüber, hat man die ungelerneten Arbeiter mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt. Woran lag das? Die Facharbeiter sind organisiert, während die ungelerneten Arbeiter unorganisiert waren. Kein Mensch hat sich um ihre Belange gekümmert und konnte sich auch ihrer nicht annehmen, bis nun endlich die Erkenntnis gekommen ist, sich dem Verbande anzuschließen. Der Erfolg blieb nicht aus. In einer am 7. d. M. stattgefundenen Lohnverhandlung gelang es der Verbandsleitung, die nachstehende Vereinbarung zu treffen:

1. Ab laufender Lohnwoche erhalten zu den bisherigen Stundenlöhnen die verheirateten Arbeiter einen Aufschlag von 6 Pf. pro Stunde.
2. Die ledigen Arbeiter erhalten einen Aufschlag von 3 Pf. pro Stunde.
3. Die Vereinbarung gilt bis zum 30. April 1928.

Unsere Forderungen sind nur zum Teil erfüllt worden. Die Gruppe der ungelerneten Arbeiter ist leer ausgegangen. Wir hatten 10 Pf. gefordert und haben 8 bis 8 Pf. pro Stunde erhalten. Die Firma stützte sich bei den Verhandlungen auf die geltende Lohnrate in der Papier- und Zerkleinsten Industrie, wodurch die sozialen Zulagen eingerechnet, die verheirateten Arbeiter gegenüber den ledigen Arbeitern besser gestellt sind, und die Stundenlöhne der ungelerneten Arbeiter sich zwischen 72 bis 76 Pf. pro Stunde bewegen. Die besondere Art der Arbeit und die Schwere derselben will die Firma nicht gelten lassen und glaubt, über die Höhe der in diesen Industrien festgesetzten Stundenlöhne vorerst nicht hinauszugehen zu können. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß die besonderen Arbeitsverhältnisse einer Industrie auch in der Lohnhöhe besonders zum Ausdruck kommen müssen. An der Arbeiterschaft selbst liegt es nun, rüstig weiterzuarbeiten und den Boden zu ebnen, damit die jetzt zutage getretenen Uebelstände bei den kommenden Lohnverhandlungen behoben werden.

B. Hertwig.

### Andernach—Neuwied—Bendorf.

In den Wahlstellenbezirken des Oberheins waren am 8. Januar die Bezirksleiter und Kassierer in Neuwied zu einer Konferenz zusammengerufen, um zu den brennendsten Fragen der Tarifpolitik und zu der sich damit auswirkenden Agitation für unseren Verband Stellung zu nehmen. Alle 27 Bezirke waren durch Delegierte vertreten. Der Kollege **Wirth**, Köln, behandelte im 1. Tagesordnungspunkt die kommende Tarifpolitik am Oberhein. Er ging auf die besonderen Verhältnisse ein, die sich um so ungünstiger bei Abschlüssen von Tarifverträgen auswirken, weil durch die auch während der Sommermonate noch stark in Erscheinung tretende Arbeitslosigkeit in den Kreisen Koblenz-Land, Neuwied und Mayen das Angebot der Arbeitskräfte für die einzelnen Industrien erhöhe, was naturgemäß auch den Gewerkschaften bei der gegenüber der Zahl der Beschäftigten geringen Mitgliederzahl die Möglichkeit nehme, wirkungsvoll für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Der Referent gab dann einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Industriezweigen des Oberheins, wobei er besonders die ungünstige, von den Schwankungen des Wirtschaftslebens am meisten betroffene feuerfeste Industrie in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Gerade die feuerfeste Industrie am Oberhein sei es, die durch ihre außerordentlich schlechten Lohnverhältnisse den Unternehmern auf Arbeiterseite bei den Tarifabschlüssen in den anderen Industrien immer wieder Schwierigkeiten herbeiführe. In der hier vorhandenen Bismutindustrie, die eine sehr gute Konjunktur in den letzten Jahren aufzuweisen habe, liege die Schuld an der niedrigen Lohnhöhe nicht allein an dem Widerstande der Arbeitgeber, sondern vor allen Dingen an den schlechten Organisationsverhältnissen. Hier einzutreten, müsse Anknüpfungspunkt sein. Notwendig sei auch, sich nochmals an den A.D.G. zu wenden, um dadurch die Agitation des Berggewerkschaftsbundes in dieser uns zugesprochenen Industrie zu unterbinden. Nicht das Mitgliedsbuch des Bauarbeiterverbandes würde Lohnverbesserung zur Folge haben, sondern die gute Durchorganisation aller in der Bismutindustrie beschäftigten Kollegen könne unserem Verbande die Möglichkeit geben, auch im kommenden Frühjahr Verbesserungen für unsere Kollegen durchzuführen. Insbesondere wies er am Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß auch die kommenden Lohn- und Tarifbewegungen für unseren Verband agitatorisch ausgenutzt werden müßten, wenn planmäßig die Lage der Gesamtarbeiterschaft gehoben werden sollte.

Im 2. Punkt der Tagesordnung behandelte der Kollege **Mabae**, Andernach, die Agitation für unseren Verband im kommenden Frühjahr, wobei er davon ausging, daß das mangelhafte Organisationsverhältnis nicht allein Schuld an den nicht günstigen tariflichen Vereinbarungen sei, sondern auch mit dazu beitrage, den gewerkschaftlichen Einfluß bei der Sozialgesetzgebung und deren Ausgestaltung zu beeinträchtigen. Die bisherigen Agitationsmethoden, die immer einen geringen Erfolg zeitigten, müßten in der Zukunft durch Hausagitation abgelöst werden, weil in der hiesigen Gegend besonderes Augenmerk auf die Gewinnung der Frauen gelegt werden müsse, die gerade immer wieder diejenigen seien, die die Männer von der freien Gewerkschaft abhalten. An Hand von Zahlen konnte der Referent nachweisen, daß überall dort, wo geeignete Kollegen sich gefunden hätten, Hausagitation zu treiben, dieselbe auch von Erfolgen gekrönt sei. Mangelhaft müsse aber auch das Zusammenarbeiten in der Agitation in der Vergangenheit sein, was in Zukunft dadurch abgewendet werden könne, daß die einzelnen Bezirkvorsitzenden regelmäßig wie bisher ihre Sitzungen abhalten müßten, um die die Kollegen betreffenden Punkte hierin Sitzungen zu besprechen, um sie nach Möglichkeit vor abzuschließen oder der Geschäftsleitung zu übermitteln. Besonders ging der Referent auf die Verhältnisse zwischen uns und den Christen ein, denen bei der Agitation nicht allein die Kirchenleitung, sondern auch alle Junglings-, Mütter- und Jungfrauenvereine zur Verfügung ständen, was bei uns durch größere Anforderungen an den einzelnen nach zur Agitation zur Verfügung stehenden Kollegen weitgehend zu erreichen sei. An Hand von gezielte schriftliche und mündliche Material des Berggewerkschaftsbundes müßte ebenfalls in der Zukunft mehr Verwendung finden, weil gerade Kollegen vorhanden wären, die aus diesem Material den notwendigen Agitationsstoff für unseren Verband herausarbeiten könnten. Mit einem Aufruf an alle Kollegen, im kommenden Frühjahr mit zur Ausbreitung unseres Verbandes beizutragen, konnte seine Ausführungen geschlossen werden.

An der einflussreichen Diskussion gingen verschiedene Kollegen auf die Referate ein, wobei der Einmütigkeit Ausdruck verliehen wurde, alles daran zu setzen, was die sich im letzten Jahre herausgebenden Erfolge durch die Tätigkeit unserer Berggewerkschaften auch weiterhin bei der Werbung neuer Mitglieder zu verwerthen, um durch intensive Tätigkeit auch den letzten Resten der ausstehenden Industrie unseres Verbandes beizutragen.

Mit einem Appell, das Vorstandeamte zu verbessern, konnte der Vorsitzende die von unserer Gewerkschaftsarbeit getragene Konferenz nach friedlicherer Dauer schließen.

H. Madge.

### Ergebnis der Krankenkassenwahlen im Kölner Wirtschaftsgebiet.

In Nr. 80 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ vom 25. September 1927 wird in einem längeren Artikel zu den Neuwahlen der Krankenkassen Stellung genommen. In ganz verwerflicher Weise wird durch allerhand Bahlenmaterial der Nachweis zu erbringen versucht, daß die Verwaltungskosten zu keinem Verhältnis der tatsächlichen Einnahmen ständen und daß auch die Ausgaben für Mehrleistungen, die die Krankenkassen von sich aus festsetzen können, bei vielen Krankenkassen nicht weniger als ein Drittel der gesamten Ausgaben ausmache.

Auch die christlichen Gewerkschaften haben bei den Neuwahlen zu den Krankenkassen überall dort, wo die freien Gewerkschaften die Führung der Kasse in Händen haben, mit solchen Einwendungen verfahren, für sich Kapital herauszuschlagen. Aber beide Gegner haben praktisch und tatsächlich den Beweis noch nicht erbringen können, daß in den Kassen, wo sie die Führung haben, was allerdings sehr selten vorkommt, besser mit den Krankenkassenbeiträgen gewirtschaftet haben. Auch die Behauptung, daß die politische Vertretung der freien Gewerkschaften im Reichstage gegen die sozialen Gesetze gestimmt haben, hat als Argument den christlichen Gewerkschaften bei den Krankenkassenwahlen wenig Erfolg gebracht. Im nachstehenden:

1. Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köln:

Freie Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften	
Ausschuhvertreter . . . . .	24	16
Ersatzvertreter . . . . .	48	92
Zum Vorstand stellen . . . . .	7	6

Zum Vorsitzenden des Vorstandes ist ein freier Gewerkschaftler bestellt.

2. Vereinigte Ortskrankenkasse in Köln:

Freie Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften	
Ausschuhvertreter . . . . .	28	12
Ersatzvertreter . . . . .	56	24
Zum Vorstand stellen . . . . .	5	3

Vorsitzender des Vorstandes und Vorsitzender des Ausschusses ist ein freier Gewerkschaftler.

3. Allgemeine Ortskrankenkasse Köln-Land:

Freie Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften	
Ausschuhvertreter . . . . .	13	7
Ersatzvertreter . . . . .	26	14
Zum Vorstand stellen . . . . .	5	3

Zum Vorsitzenden des Vorstandes ist ein freier Gewerkschaftler bestellt. Den Vorsitzenden des Ausschusses stellen die christlichen Gewerkschaften.

4. Allgemeine Ortskrankenkasse Berg- Gladbach und Handwerker-Krankenkasse:

Die Sitze in beiden Kassen werden je zur Hälfte verteilt. In einer Klasse stellen die freien Gewerkschaften den Vorsitzenden, in der anderen Klasse die christlichen Gewerkschaften.

5. Allgemeine Ortskrankenkasse Bensberg und Bors:

Dort ist es bei dem bisherigen Verhältnis geblieben. In Bors stellen die freien Gewerkschaften den Vorsitzenden, in Bensberg die Christlichen.

In den vorerwähnten Kassen ist überall auf Grund einer Vereinbarung die Verteilung der Sitze erfolgt, und auch hier haben die freien Gewerkschaften, wo ihr Einfluß gegenüber den vorherigen Wahlen gestiegen ist, mehr Mandate wie früher erhalten.

Für die Allgemeine Ortskrankenkasse Köln-Mühlheim konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die christlichen Gewerkschaften verlangten die Hälfte der zu wählenden Sitze und auch den Vorsitzenden der Kasse für sich. Die vorgenommene Wahl am 12. und 13. November hat nun gezeigt, daß trotz der größten Anstrengung es nicht gelungen ist, das Ergebnis durch den Stimmzettel zu erreichen, was man hoffte, auf dem Verhandlungswege durchzusetzen. Abgegeben wurden insgesamt 2725 gültige Stimmen, davon erhielten die freien Gewerkschaften 1776, die christlichen Gewerkschaften 949. Von den 28 Ausschuhvertretern erhalten die freien Gewerkschaften 18, die christlichen Gewerkschaften 10 Vertreter. In den Vorstand entsenden die freien Gewerkschaften 5, die christlichen Gewerkschaften 3 Vertreter. Bei der vorletzten Wahl im Jahre 1913 erhielten die freien Gewerkschaften 559, die christlichen Gewerkschaften 666 Stimmen. Dem damaligen Vorstand gehörten an 3 freie und 5 christliche Vertreter. Im Jahre 1921 hatten die freien Gewerkschaften 26, die christlichen Gewerkschaften 14 Vertreter. Der Vorstand bestand aus 5 zu 3 Vertretern. Diese Zusammensetzung beruhte auf einem Kompromiß. Die freien Gewerkschaften können mit dem Wahlergebnis vollan zufrieden sein und hatten wohl richtig gehandelt, als die christlichen Gewerkschaften glaubten, auf dem Verhandlungswege etwas zu erreichen, was sie innerlich selbst nicht glaubten, bei einer Wahl durchsetzen zu können.

### Was der Arbeitslose wissen muß.

Ueber die Auslegung der Bestimmungen hinsichtlich der Lohn- und Unterstützungsberechnung bestehen in der Praxis vielfach Unklarheiten. Auch führen die oft recht ungenügenden Weisungen der Unternehmer über den Lohnbezug häufig zu erheblichen Benachteiligungen der Arbeitslosen in der Unterstützungsberechnung.

Woran kommt es an? Grundsätzlich ist der Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate, nicht die Höhe des tatsächlich gezahlten Beitrages, sondern ein Arbeitslohn bei voller Arbeitszeit einen Monat lang wöchentlich 23 RM, einen Monat lang wöchentlich 22 RM und einen Monat lang wöchentlich 21 RM verdient, so beträgt sein Durchschnittsverdienst 81 RM : 3 = 27 RM. Er erhält also in die Lohnklasse 5 mit einem wöchentlichen Arbeitslohn von mehr als 24 bis 30 RM. Hat er dagegen in einer Woche infolge Verletzung der Arbeitszeit z. B. nur die Hälfte, hat 27 RM tatsächlich nur 13,50 RM verdient, so wird zur Berechnung des Durchschnitts trotzdem für die betreffende Woche ein Verdienst von 27 RM zugrunde gelegt.

Unter den letzten drei Monaten vor der Arbeitslosmeldung ist stets die Beschäftigungszeit zu verstehen, die der erstmaligen Arbeitslosmeldung vorangegangen ist. Denn die Unterstützungsperiode ist eine tarifliche, die durch vericherungspflichtige Beschäftigungszeiten von weniger als 26 Wochen oder auch aus anderen Gründen z. B. durch fehlende Lohnunterlagen unterbrochen werden kann. Die Berechnung des Arbeitslohns hat jedoch im Verlauf einer Unterstützungsperiode nur einmal zu erfolgen. Eine neue Berechnung wird erst notwendig, wenn eine neue Anwartschaftszeit erfüllt ist. Würde man anders verfahren, so würde in einer durch häufige kurzfristige Beschäftigungszeiten unterbrochenen Unterstützungsperiode die Höhe des Anspruchs ständig schwanken, obwohl der Anspruch gar nicht durch diese neuen Beschäftigungszeiten, sondern durch die vor der erstmaligen Arbeitslosmeldung erfüllte Anwartschaftsperiode begründet ist.

Zu berücksichtigen sind nur die letzten drei Monate der Arbeitslosmeldung. Zeiten, in denen der Arbeitslose nicht tätig war, zählen also nicht in die drei Monate eingerechnet werden. Hierzu gehören sowohl Zeiten der Arbeitsunfähigkeit als auch alle anderen Verhinderungen an der Ausübung der „Arbeitsverhältnisse“, durch die das Durchschnittsverdienst geltend wurde.

### Invalidenversicherung, achtet darauf!

Vom 1. Januar 1928 ab gilt nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1927 die Lohnklasse VI nur noch für einen Wochenverdienst bis 36 RM. Bei mehr als 36 RM Wochenverdienst sind Marken der neuen Lohnklasse VII zu verwenden. Die Wochenmarken kosten 2 RM.

Die Landesversicherungsanstalten müßten öfter feststellen, daß die Arbeitgeber nicht immer die richtigen Invalidenmarken für die Versicherten kleben, und waren gezwungen, säumige Arbeitgeber zu bestrafen. Da die Aenderung ab 1. Januar 1928 manchmal übersehen wird, erscheint es angebracht, daß die Arbeitgeber aus eigenem Interesse ihre Invalidentarife nachsehen, alles mit den Beiträgen in Ordnung ist. Die Beiträge werden nach dem Bruttolohn, also dem Lohn ohne Abzüge, berechnet. Da auch schon Fälle vorkamen, daß Arbeitgeber wohl Beiträge in Abzug brachten, aber keine Marken klebten und so den Versicherten manchmal erheblich schädigten, ist Nachprüfung a Pflicht.

Die gesetzlichen Bestimmungen bestehen wohl, aber sie nützen nichts, wenn ihre Durchführung von einer Seite unterlassen wird. Die Arbeitgeber sind zur pünktlichen und richtigen Verwendung der Invalidenmarken verpflichtet; darum haben die Versicherten recht, wenn sie nachprüfen, ob die Arbeitgeber an ihre Pflichten erfüllen.

### Literarisches.

Sie suchen die Seele. „Wir sind in der Arbeiterfrage festgefahren“, oder so ähnlich schildert 1925 bei der Gründung des Dinter bekannter Schwerindustrieller die sozialpolitische Situation des Unternehmens. Die Gewerkschaften begannen die Inflationsfolgen zu überwinden, die festsetzten und die breite Masse der Arbeiter mit neuem Vertrauen zu der Arbeitsetzter waren, nachdem der allgemeine Ansturm auf die Sozialpolitik von Ende 1923 bis 1924 nicht die erwünschten Erfolge zeitigt hatte, etwas verlegen in der Wahl ihrer neuen politischen Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft. Sie entdeckten jedoch bald, daß die junge Wissenschaft der Psychologie sich nicht nur für die sogenannten psychotechnischen Eignungsprüfungen verwenden ließ, sondern darüber hinaus auch eine ganz planmäßig allgemeine Erziehungspolitik der Unternehmer an ihrer Arbeitnehmerschaft auszubilden gestattete. Ausgehend von dieser Idee, wurde unter Führung des Oberingenieurs Arnold 1925 das Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung (Dinta) in Düsseldorf errichtet, das heute als psychologisch-pädagogischer Generalstab eines neuen sozialpolitischen Feldzuges der Unternehmer gegen die Gewerkschaften fungiert. Neuerdings zeigt sich ein besonderer Ausschlag der Dinta-Bestrebungen über die ersten Anfangserfolge der beruflichen und zentralen Verwaltungen der Gewerkschaftsfunktionäre im Betriebe und der weiteren Entwicklung jener unheilvollen geistigen Einflüsse, die den Unternehmer zur die Masse der Arbeiter entgegenzuwirken, mit deren Hilfe man den gewerkschaftlichen Geist der Arbeiterschaft zu schwächen beabsichtigt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Verlagsgesellschaft des ADGB, einen vor längerer Zeit erschienenen und in der gesamten Presse viel besprochenen Artikel des Leiters der Berliner Gewerkschule, Fritz Fricke, in erweiterter Form als eine besondere Broschüre herausgegeben hat. („Die Seele der Seele“, Preis 60 Pf.). Diese neue und beachtenswerte Streitschrift schildert die Wirksamkeit und Stellung des „Dinta“ und der ihm ausstehenden, planmäßig organisierten, neuen psychologischen Arbeitsetzter der Unternehmer. Sie stellt diesen Politik in Zusammenhang mit den neueren sozialpolitischen Entwicklungstendenzen überhaupt. Sie deckt weiter sehr gründlich und genau die machtpolitischen Hintergründe der Dinta-Bestrebungen auf, läßt deren soziale Maske und zeigt das wahre Gesicht des „Dinta“.

Ein besonderer Abschnitt behandelt die sogenannte Deutsche Volkshochschule in Berlin-Treptow und die nicht ungeschickliche aber sehr plöbe nationalistische Bildungsarbeit einer sogenannten deutschen Vereinigung unter der Landarbeiterschaft in einem Schlußkapitel: „Werkschule, Dinterschule und Gewerkschaften“ werden die gewerkschaftlichen Konsequenzen an diesem „Frankenkomplex“ gezogen.

Die Broschüre ist eine notwendige literarische Erscheinung und es ist zu empfehlen, daß jeder politische und gewerkschaftliche Funktionär in ihrem Besitz kommt, um das neue Kampffeld der Unternehmer und ihre neue Frontstellung genau kennen zu lernen.

### Druckfehler-Berichtigung.

Die Tragödie des Bolschewismus. Im Artikel „Die Tragödie des Bolschewismus“ im „Arbeitermischen Bund“, Nr. 2, vom 14. Januar auf Seite 1, Zeile 9 von oben heißt es: „unter es eigenen politischen“ Es soll heißen: „ihres eigenen politischen“.

Auf Seite 2, Absatz 2, Zeile 23 von oben steht: „aus politische gelangen?“ Es soll heißen: „aus politische Mund der gelangen?“

König/Thür. Am Sonntag, den 22. Januar 1928, nachmittags 3 Uhr, ist in der Bergschloßbrauerei Generalversammlung der Rahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Grünenplan. Zur Kenntnisnahme, daß ab 1. August 1928 der Arbeitsnachweis der Rahlstelle in den Händen der Kollegen Glasmacher Carl Schöppe und Carl Blüner, Grünenplan, liegt. Anschriften sind an diese Kollegen zu richten.

### Arbeitsmarkt.

Für reiche Nach- und Meliesbefore suchen wir noch einige tüchtige, perfekte Maler. Tschechoslowakische Staatsangehörigkeit Bedingung. „Bohemia“, Porzellanfabrik, Neurohau bei Karlsbad, Tschechoslowakei. (268)

Ge sucht wird für sofort ein Kurbelmacher für Zylinder und Konfessiongläser. Meldungen an Gewerkschaftsbüro, Bentsch, D.-L., Langauerstr. 35. (268)

Ge sucht wird ein jüngerer Schleifergeselle durch Arbeitsnachweis Fabian Schlegel, Rippenberg, Bayern. (268)

Mehrere Gesellen, welche gut auf doppelte Zylinder eingearbeitet sind, sowie mehrere Kurbelmacher, auf Thermoskollen, für sofort gesucht. Lohn laut Gruppe IV. Arbeitsnachweis Wilib Schade, Altenburg/Thür., Zeiberstr. 133. (270)

Lebiger Formenschleifer, firm im Drehen und Stechen, sucht Stellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Gebet, Ruch, Worna. Zu melden bei Albert Brunkle, Worna in Sachsen, Bahnhofstr. 59, 11. (271)

Jünger lebiger Formenschleifer, perfekt im Drehen und Stechen, sucht Stellung. Angebote sind zu richten an Rahlstelle Almenau i. Thür., Karl August-Str. 7. (271)

Zwei junge Kompanisten auf Schirm- und Kristallüberfang jungen Dauerstellung. Wohnung ist Bedingung. Angebote sind zu richten an Wilhelm Brauer, Grobräsen, M.-L., Bahnhofstraße. (271)

Glasmacher auf Fassonbecher, Konferven, Beleuchtungsglas und Thermoskollen, sucht für sofort Arbeit. Angebote an Arbeitsnachweis für die Glasindustrie, Reichswasser, D.-L. (271)

Tüchtiger Dreher, 24 Jahre alt, verh., sucht Stelle als Oberdreher. Suchender ist mit allen in der Dreherei vorzukommenden Arbeiten vertraut und befähigt, eine Dreherei zu leiten. Angebote unter „S. 106“ an „S. B.“ erbeten. (271)

Tüchtiger gelernter Dreher, 20 Jahre alt, sucht Stelle als Keller- oder Becherdreher. Offerten sind erwünscht unter „S. 107“ an den „S. B.“ (271)

Jünger, 18 Jahre alter Formengießer, der auch Modellieren können kann, sowie ein junger, 27 Jahre alter Porzellandreher in besserer Fabrik gelernt, wandert in Döhl- und Glasgewerbe, auch speziell auf Keller, an flottes und sauberes Arbeiten gewöhnt, suchen baldmöglichst Stellung. Offerten unter „S. 105“ an den „S. B.“ erwünscht. (271)

Tüchtiger Porzellandreher, verh., bewandert mit allen Neuerungsverfahren, sucht Stellung mit Wohnung. Angebot nimmt unter „S. 107“ der „S. B.“ entgegen. (271)